

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. Durch Verkäufte 1.40 Pf. für die Woche, 6.— Pf. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 Pf. für den Monat.

Verlagspreis: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: „Sozialistischer Verlag“
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Verlagspreis: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: „Sozialistischer Verlag“
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Einstellung der Feindseligkeiten an der polnischen Front.

Die Feindseligkeiten zwischen Polen und Rußland wurden Mittwoch 12 Uhr nachts eingestellt. Die polnischen Truppen haben inzwischen die lettische Grenze erreicht, so daß Rußland von Litauen militärisch abgeschnitten ist.

Der russisch-finnische Frieden unterzeichnet.

Am 14. Oktober um 4 Uhr nachmittags wurde der russisch-finnische Friedensvertrag unterzeichnet.

Kein Friede mit Wrangel.

Die Moskauer „Pravda“ meldet: Die Sowjetregierung hat den Friedensvorschlag des Generals Wrangel abgelehnt. Der große Moskauer Rat beschloß mit Vierfünftelmehrheit die Fortsetzung der Operationen gegen die ukrainischen und Wrangelschen Truppen.

Wrangel und Polen.

Die in Rowno erscheinende Zeitung „Dziennik“ berichtet über einen Vertrag, der in Warschau zwischen der polnischen Regierung und Agenten Wrangels abgeschlossen sein soll. Ihm zufolge soll Sawinko ermächtigt worden sein, in Polen eine Freiwilligenarmee zu sammeln. Auch soll im Herbst eine polnische Heeresmacht von mindestens 6 Armeekorps gegen Moskau in Bewegung gesetzt werden. Dafür soll Polen nach Niederwerfung der Bolschewisten u. a. Baranowitsch, Dinaburg, Iwab und Memel erhalten. Alle übrigen baltischen Häfen sollen bei Rußland bleiben. Die Selbständigkeit Finnlands wird von beiden Seiten anerkannt. Dagegen sollen Litauen und Lettland nur innerhalb Rußlands autonom bleiben.

Russische Offensive.

Schwere Niederlage Wrangels.

Aus Moskau wird telegraphiert: Die Sowjettruppen haben einen großen Sieg über Wrangel im Raume von Nikolopol davongetragen. Wrangels Kavallerie ist vollständig aufgerieben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten auf voller Flucht.

„Times“ zufolge melden die Bolschewisten die Wiedereinnahme von Minsk, das von den Polen aufgegeben worden ist.

Aus dem weißen Polen.

Die politischen Gefangenen in Polen. Die untrüglichen Zustände im Fort Mydlinki, wo ganze Scharen der Regierung unbequemer Personen interniert sind, riefen in der Öffentlichkeit eine heftige Erregung hervor, daß schließlich eine Kommission aus Vertretern der Regierung und der Sejmabgeordneten eingesetzt werden mußte, um die Sache näher zu untersuchen.

In ihrer Berichterstattung an das Präsidium des Ministerrates ist nun einstimmig das Urteil ausgesprochen, daß das Fort Mydlinki eine Gefahr für die Gesundheit der dort Internierten bildet und daß diese unverzüglich nach einem andern Ort gebracht werden müssen.

Was die rechtliche Lage der Internierten betrifft, erklärte die Kommission, daß die Internierung aller Personen in Mydlinki total ungesetzlich ist. Manche sind bereits ein Jahr und mehr eingesperrt, wurden bis jetzt noch kein einziges Mal verhört und wissen nicht, was man ihnen zur Last legt. Die Kommission verlangte daher, daß sämtliche Internierten sofort dem Gericht zur Feststellung ihrer Schuld übergeben werden.

Seit dieser Zeit sind bereits mehrere Wochen verstrichen und die Regierung hat noch immer nichts unternommen.

Aus einem andern Gefängnis in Warschau kommt die Nachricht, daß die dort inhaftierten Frauen in barbarischer Weise mißhandelt werden. Die aus Polen herbeigeholten Schergen reißen ihnen die Haare aus und schlagen ihnen die Zähne ein. („Robotnik“ Nr. 276.)

Jubel aus der Schule gebläut. Wie „Kafz Kurjer“ mitteilt, hat der Ministerrat einen Beschluß gefaßt, daß in der Zukunft die Veröffentlichung von Reden der Regierungsmitglieder und Staatsbeamten, die politische Angelegenheiten betreffen, nur nach vorhergehender Verständigung mit dem Minister des Auswärtigen erlaubt ist.

Die revolutionäre Gärung in Italien.

In Triest erscheinen keine bürgerlichen Zeitungen. Infolge der Inbrandsetzung des sozialistischen Organes „Il Lavoratore“ weigern sich die Buchdrucker und Schriftsetzer, für die bürgerliche Presse zu arbeiten.

In Bologna kam es bei der Besetzung der Opfer vom vergangenen Donnerstag zu neuen Kämpfen. Ein Teil der Demonstranten verhielt sich mit Bomben und Handgranaten die Kaserne der königlichen Garde zu erschüttern, das Gefecht dauerte stundenlang. Schließlich wurden die Arbeiter zurückgeschlagen. Die Gemeindevahlen, welche zum Sonntag fällig waren, wurden wegen der aufs Höchste gespannten Lage vom Präfelden aufgeschoben. Der Generalstreik wurde auf weitere 24 Stunden proklamiert. Der Straßenbahnverkehr liegt völlig still. Erice Malatesta wurde verhaftet. Das Gewerkschaftshaus und die Räume der Parteisektion sind von Truppenfordons abgeperrt.

In Foggia, wo es bei der Besetzung des Rathauses, auf dem die rote Fahne gehißt wurde, zu Kämpfen kam, hat sich die Zahl der Opfer auf 14 Tote und 80 Verwundete erhöht. Die Verletzten wurden in Militärautos abtransportiert.

In Massafra weigerten sich die Eisenbahner, einen Zug mit Karabinieri zu befördern. Als Fabrikarbeiter hinzukamen, begann der Kampf. Es gab beiderseits Tote. Man fürchtet ein Uebergreifen der Unruhen auf das nahe liegende Tarent.

In Brescia herrscht der Generalstreik zum Zeichen des Widerstandes gegen die Gewaltakte der Weißgardisten. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen werden in großem Maßstabe vorgenommen.

In Kalabrien und Kampanien ruht der Zugverkehr. Die Verbindungen mit Sizilien sind unterbrochen. Die Eisenbahner traten in den Solidaritätsstreik für einen Genossen, der für seine Weigerung, Militärtransporte zu befördern, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

Die Bauern und Landarbeiter der Provinz Palermo besetzten weitere Latifundien und begannen sofort mit den Erntearbeiten.

Es gehört die ganze bewusste Geschichtsfälschung bürgerlicher Pressekreise dazu, diese immer gewaltigere Formen annehmenden, immer schärferen Unterdrückungsmaßnahmen seitens des Regierungsapparates hervorruhenden Revolten des italienischen Proletariats aus dem „heißen Temperament des Südländers“ erklären zu wollen. Es wird vielmehr von Tag zu Tag deutlicher, daß es sich hier um den Beginn einer sozialen Revolution handelt, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse tiefenfortschritte macht.

Bergarbeiterstreik in England.

Paris, 20. Oktober. Es ist zu erwarten, daß die englischen Transportarbeiter, die gestern bereits eine Versammlung abhielten und sich heute neuerdings versammeln werden, den Streikbeschuß fassen werden.

In London hielten die Bergarbeiter rote Flaggen und vertrieben die Polizeiagenten mit Steinwürfen.

In Silkworth wurden die Streikbrecher am Einfahren verhindert.

Die Demonstrationen der Londoner Arbeitslosen stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem Streik der Bergarbeiter. Es waren für Montag in ganz London mächtige Kundgebungen gegen die immer stärker anwachsende Not des erwerbslosen Proletariats angekündigt worden. Die Manifestanten sammelten sich in den einzelnen Stadtvierteln und zogen in geschlossenen Reihen nach Westminster.

Genosse Mac Manus von der K. P. Englands veröffentlicht im „Daily Herald“ einen Artikel, der sich mit der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit beschäftigt, und die Unfähigkeit der herrschenden Bourgeoisie nachweist, durch Anwendung kleiner Palliativmaßnahmen, Volkstücken, Arbeitslosenkolonien, Unterstützungsbewilligungen usw. einen Ausweg zu schaffen. Es geht für die englische Arbeiterschaft jetzt nicht mehr darum, trügerische Reformen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erringen, sondern die Fabriken und Betriebe in Besitz zu nehmen und

Festsetzung des Politischen Redaktionsrates.

Sinowjew auf dem Parteitage.

Unserem Feuilleton, der „Sozialistischen Republik“, Köln, entnehmen wir folgende Schilderungen:

S. Wir alle fühlten heute abend: Wir haben einige Stunden von weltgeschichtlicher Bedeutung hinter uns. In vierstündiger Rede sprach Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. Internationale, zu den Vertretern des deutschen Klassenbewußten Proletariats. Mit einfachen Worten, ohne Rhetorik, aber mit der Siegesübersticht des von der Richtigkeit seiner guten Sache überzeugten Revolutionärs, riß er die Debatte des Parteitages von dem Jant um Nebensächlichkeiten und persönlichen Dingen auf ein würdiges Niveau empor. Das Rednerpult des Haleschen Parteitages verwandelte sich zur internationalen Tribüne; die Weltpolitik und die Probleme der Weltrevolution wurde vor dem Proletariat der ganzen Welt aufgerollt. Der ganze Kongreß stand unter dem wichtigen Eindruck der Argumente, die der russische Revolutionär entwickelte. Stürmische Willen der Zustimmung und Begeisterung durchbrausten den Saal, immer stiller wurde es auf der rechten Seite, wo nur noch einige Führer wie Crispian, Ledebour, Henke und Dikmann gelegentlich vor Wut aufbeuhten. Mit unerbittlicher Sachlichkeit, mit lächelnder Ruhe riß Sinowjew den Menschewisten in der U. S. P. die Maske vom Gesicht: „Ihr Reformismus — ihr Kommunismus. Entscheidet Euch — so stellt er die Frage: „Wenn Ihr Euch nicht als Kommunisten fühlt, was wollt Ihr dann in der kommunistischen Internationale?“ Wenn die Arbeiterschaft der Welt sich einig wäre, so könnte sie morgen die Macht ergreifen. Nur, weil sie zum Teil noch in der bürgerlichen Ideologie befangen ist, weil sie noch keine eigene geistige Klarheit besitzt, deshalb ist sie noch uneinig. Wer reitet in der Welt noch die untergehende Bourgeoisie? Es sind die ehemaligen Sozialisten, es sind die Menschewisten. Es ist Millerand in Frankreich, Branting in Schweden, die Reformisten in Italien, die Schwedemänner in Deutschland usw. Ueberall sind die ökonomischen Voraussetzungen zur Revolution gegeben. Selbst Crispian gibt das zu. Was noch fehlt, ist die geistige Orientierung unserer Klasse. Ausführlich legt Sinowjew auseinander, daß und warum es so ist. Als er die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als das stärkste Bollwerk der 2. Internationale bezeichnet, als er erklärt, daß sie, die von den Gegnern, Zouhaug, Appteton geführt wird, für die Arbeiterklasse gefährlicher sei, als die Bourgeoisie — da heult ein Teil der Rechten auf. Dikmann brüllt: „Das muß er zurücknehmen.“ Crispian, Dikking, Ledebour und andere laufen unruhig unter den Füßen herum. Ein Teil will das Signal zum Verlassen des Saales geben. Zu spät. Die Rechte ist gespalten. Die Argumente Sinowjews haben den Keil hineingedrückt. Minutenlang gleicht der Sitzungssaal einer wogenden See. Auf die Tribüne drängen sich die kompromittierten Menschewisten. Sie wollen Erklärungen abgeben. Dikmann sammelt Crispian, man solle Sinowjew sich vollständig „enthalten“ lassen. Der Vorsitzende droht endlich Ruhe und der Redner fährt fort. Von Land zu Land schweifend, entrollte er die politische Situation, die in ihrer Gesamtheit der Weltrevolution entgegengieht. Dann wendet er sich den grundsätzlichen Differenzen zu, die zwischen den Menschewisten und den Menschewisten in allen Ländern bestehen. Auf den Begriff der Demokratie geht er ausführlich ein, schlagend weist er die Argumentation Crispians über das Agrarprogramm der Kommunisten zurück, in der Nationalitätenfrage gibt er dem 1. Vorstehenden, der das Märchen von Saver Kascha, der nach besten geistiger Rede, Mitglied der 3. Internationale sein soll, eine herabwürdige Ohrspeise, wie sie wohl selten ein politischer Führer bekommen hat.

„Wenn Sie über die Malaya von Lima höflich abgela,“ erklärt Sinowjew Crispian gegenüber, „so beweist das, daß Sie die Nationalitätenfrage reformistisch betrachten.“ Und er erklärt, daß für die 3. Internationale nicht nur eine solche der Menschewisten weiser Klasse sei. Der Kongreß der Deutschen in Baku erhebt vor den Russen, Saver Kascha in Baku gegenüber Wien, wo Millionen von Menschen leben. „In Moskau“, erklärt Sinowjew, „haben wir die revolutionäre Bewegung gespürt, in Baku haben wir aber die Revolution gesehen.“ (Es ist unmöglich, auf die Fülle der von dem Redner entwickelten Gedanken in diesem kurzen Auszug)

eingehen. Wir werden dafür sorgen, daß die ganze Arbeit...

Sinowjew schenkt seinen menschewistischen Gegnern nichts. Wenn den Russen der Vorwurf gemacht würde, daß sie mit...

Bei der Zusammenfassung der Betriebsräte: „Jawohl, Ihr müßt auch die gelben und christlichen Arbeiter mit in...

Die innere Lage Rußlands wurde jetzt nach den einbruchsollen, erschütterten Darlegungen des Russen klar...

Auf die Bedingungen eingehend, erläutert Sinowjew, warum ihre Aufstellung notwendig war. Die ungeheure...

Und nun zerfällt Sinowjew die Rechte der U. S. P. vollständig. Wir werden kein Evangelium aus den...

Und nun erklärt Sinowjew, daß er vom Exekutivkomitee den Auftrag habe, den rechten Flügel der U. S. P. D. zu...

Stürmischer, nicht endender Beifall der von den Seiten aufgeführten Republik der Sowjets...

Stürmischer, nicht endender Beifall der von den Seiten aufgeführten Republik der Sowjets...

den Fortgang der Industrie für und durch die Werktätigen zu sichern. Das aber kann nur geschehen durch die soziale...

In Coventry und Birmingham bestehen Sowjets und fordern zum Machtkampf unter den kommunistischen...

London, 19. Oktober. Der Präsident der Transportarbeitergewerkschaften, Gosling, hat sich entschieden für...

An die streikenden Bergarbeiter in England.

Das Zentralkomitee beschloß in seiner heutigen Sitzung folgende Sympathieerklärung, die nach England übermittelt wurde:

„Die der dritten kommunistischen Internationale angehörende Unabhängige Sozialdemokratische Partei blickt mit...

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ernst Däumig. Adolph Hoffmann.

Wahlsieg der bulgarischen Kommunisten.

Wien, 16. Oktober. Am 3. ds. haben in Bulgarien die Gemeindevahlen stattgefunden. Fast alle bürgerlichen...

Bulgariens) gegen 13 aller anderen Parteien. Die wichtigste ist, daß die Kommunisten in den Dörfern...

Streit im Groß-Berliner Einzelhandel?

Die Tarifverhandlungen im Groß-Berliner Einzelhandel hatten zu einem Schiedspruch geführt, der unter Zurückweisung...

Sothhy-Bayern.

Reibung: Der Oberreichsanwalt hat das Hochverratsverfahren gegen Oberleutnant a. D. Ruhn, den Herausgeber...

Wir haben von der königlich-bayerischen Justiz nichts anderes erwartet!

Die Klassenjustiz mobilisiert.

Vor dem Parteitag suchte die „Freiheit“ politische Arbeiter für ihre Richtung einzufangen, daß sie ihnen vorpredigte, der Anschluß an die kommunistische...

Der Versuch, mit dem Mittel der Klassenjustiz eine so gewaltige Bewegung niederzuhalten, wie sie jetzt das deutsche...

Hätte das Bürgertum Kenntnis von der Kampfenstichlosigkeit, die in der deutschen Arbeiterschaft lebt, dann würde es vielleicht ein so gefährliches Spiel mit dem Feuer...

Parteitag.

3. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Draß eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Es wird in der Tagesordnung die 3. Internationale und die...

Beschließender Draß eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Es wird in der Tagesordnung die 3. Internationale und die...

Ergebnis: und ich haben uns in Moskau ersichtlich bewiesen, eine Linie zu haben, auf der der Anknüpfen an die...

trastischen Zentralismus“ bezeichnet. Dittmann zitiert die Äußerung Preobaschenskys, des Sekretärs der kommunistischen...

Erst sagte man, die Bedingungen und Thesen sind klar und eindeutig, jetzt braucht man schon eine Erläuterung...

Die Massen verlangen von euch Aktionen. Ihr könnt den Massen gegenüber das nicht ablehnen; dann wird man euch ebenfalls als „Dremser“ ansehen; die Massen werden...

Republik Deutschland

Gehtler Arm in Arm mit Escherich.

Der Reichswehrminister Dr. Gehtler hat endlich das Herz gefunden, die stille Liebe, die seit langem für Döggel...

Advertisement for 'In den Fabriken, im Handel' with a logo and text about a newspaper.

Advertisement for 'Republik Deutschland' with a logo and text about a newspaper.

Wir haben von dieser Liebe des Herrn Gessler für
Sicherlich und seine Leute lange gewußt. Herr Gessler ist ja
nichts anderes als der parlamentarische Landbesitzer für den
Hauptling der Konterrevolution in Deutschland, den General
von Seekt. Und Herr von Seekt ist selbstverständlich mit
der Orgesch politisch und militärisch auf das engste liiert.
Der „Vorwärts“ und die alte Sozialdemokratie sind
angehalten über Herrn Gesslers öffentliche Liebeserklärung.
Sie werden sich nach einigem Schmolzen trotzdem mit ihm
abfinden, es sei denn, daß sie ihn stürzen, damit ein neuer
Koske als ein neuer Schlächter des Proletariats an seine
Stelle trete.

Lügen haben kurze Beine.

Während des Kampfes vor dem Parteitag brachte die
„Freiheit“ an auffälliger Stelle fettgedruckt ein Zitat aus
dem „Organ der Scharfmacher“, der „Rheinisch-Westfälischen
Zeitung“. Heute muß sie folgende Berichtigung bringen:
Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ legt Wert darauf,
daß das in Nr. 418 und Nr. 418 der „Freiheit“ abgedruckte
Zitat: „Es ist gut, daß dieser Miß in die U. S. P. D.
kommt, um so besser werden wir mit den Arbeitern fertig
werden“ niemals in den Spalten der „Rheinisch-Westfälischen
Zeitung“ veröffentlicht worden ist.

Wenn ein „Zitat“ der Erreichung der Zwecke dienen
kann, es nicht bei einer Reinigung der U. S. P. D. be-
wenden zu lassen, sondern es zur Entspannung der U. S. P.
zu treiben, so wurde es eben „gemacht“, in der Hoffnung,
daß man schon nicht hereinfallen werde. Diesmal hat es
aber nicht geklappt. Die „Freiheit“ muß die Berichtigung
bringen und damit die Verlogenheit ihrer Kampfmethode
vor aller Öffentlichkeit enthüllen.

Helst den Rotarmisten

Im Internierungslager P a r c h i m befinden sich etwa
10 000 russische Rotarmisten und 12 Frauen. Ihre Lage
verschlechtert sich mit jedem Tage. Mittag- und Abendessen
ist zwar schwach zubereitet, doch ungenügend in der Menge.
Die Abendkost besteht nur aus einer dünnen Wasseruppe.
Die Brotration genügt durchaus nicht. Aus diesen Gründen
verschwindet das Vertrauen zu den Offizieren, in deren Händen
die Verteilung der Lebensmittel liegt, immer mehr. Die alten
zaristischen Offiziere, deren Abneigung gegen den Bolschewi-
mus stärker hervortritt, seitdem man die politischen Kommissare
von den Truppen abgefordert hat, treten versteckt und offen
für konterrevolutionäre Ziele ein. Die Schuld daran
trägt die deutsche Regierung und die Lagerverwaltung. Kom-
munistische Offiziere können auf kein Entgegenkommen von
der Lagerverwaltung rechnen; umgekehrt werden die zaristischen
Offiziere bevorzugt. Wer von den Mannschaften offen für
den Kommunismus agitiert, wird abgefordert. Zwar besteht
formell freies politisches Betätigungsrecht, jedoch stellt man
damit den Kommunisten nur eine Falle. Infolgedessen herrscht
im Lager großes Mißtrauen.

Den Internierten ist der Ausgang in die Stadt wegen
angeblicher Seuchengefahr verboten. Die deutsche Arbeiter-
schaft muß darauf dringen, daß diese sogenannte Seuchen-
absperzung nicht dazu ausgenutzt wird, die Internierten
dauernd hinter Stacheldrahtverkäufen zu halten. Unter den
Internierten macht sich eine starke Depression bemerkbar, sie
fühlen sich von den deutschen Arbeitern verlassen. Sollte
das Wort eines internierten Kommunisten wahr sein, daß
die deutschen Arbeiter schlafen?

Der Mangel an Lebensmitteln treibt die Internierten
dazu, ihren letzten Besitz zu verkaufen. Gewinnstüchtige
deutsche Krämerseelen machen sich die Not der Internierten
zunutze. Ein Parchimer Goldwarenhändler nahm einem
Russen für ein Brot einen Goldrubel ab. Vor einigen Tagen
hat ein Russe für ein Stück Brot sein Leben lassen müssen.
Als er am Stacheldrahtzaun mit einem Deutschen um ein
Stück Brot handelte und auf den ersten Anruf des Postens
nicht stehen blieb, hat ihn der Posten erschossen. Wir ver-
langen eine scharfe rücksichtslose Untersuchung des Falles.

Weiter fordern wir die Lagerverwaltung auf, sofort für
eine ausreichende Verpflegung der Internierten zu sorgen,
damit sie nicht ihr Leben verkaufen müssen.

Die deutsche Arbeiterschaft muß sich aber daran er-
innern, daß das, was die russischen Rotarmisten taten, sie
für die deutschen Arbeiter getan haben. Es ist Pflicht der
deutschen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß die russischen Arbeiter
und Bauern nicht vor Hunger verderben oder in diesem
Winter erfrieren.

Sammelt Lebensmittel und Wollstoffe!

Aus der Partei.

Zur Beachtung!

Post- und Geldsendungen an das Zentralkomitee der U. S. P. D.
sind bis auf weiteres zu richten an Genossen Wilhelm Koenen,
Berlin N.W. 7, Reichstag.

Die Rechtsverwahrung der Silberdinge.

Im Berliner „Nacht- und Abendblatt“ zerpflegt Rechts-
anwalt Dr. Schwaiger erbarmungslos die sogenannte Rechts-
verwahrung der Silberdinge, durch die Rosenfeld auf dem
Dolleschen Parteitag gegen dessen Beschlüsse protestierte. Zu-
gleich führt er die Erklärung Crispians, durch die die Partei-
tagsminderheit die Mehrheit aus der U. S. P. D. für aus-
geschlossen erklärt, ad absurdum und weist nach, daß sie
juristisch nichts an der Tatsache ändern könne, daß die Partei-
tagsmehrheit die Rechtsnachfolgerin der U. S. P. D. sei.
Er schreibt:

„Der Parteitag der Unabhängigen hat bekanntlich zu
einer Spaltung geführt, bei der sich jede der beiden Gruppen
als die allein rechtmäßige Nachfolgerin der alten Partei be-
zeichnet. Die Konsequenzen dieses eigenartigen Präzedenz-
falles dürften noch in weitgehendem Maße die bürgerlichen

Gerichte beschäftigen. Denn offenbar handelt es sich darum,
daß beide Fraktionen Anspruch auf die Parteiflächen und
auf die Parteizeitungen erheben. Daß der linke Flügel als
Mehrheit diese Forderung geltend macht, ist naturgemäß, für
den rechten Flügel hat Crispian den Anspruch wie folgt be-
gründet: Die Annahme der 21. von der dritten Internationale
vorgeschlagenen Bedingungen bedeute die Verpflichtung, sich
der kommunistischen Partei anzuschließen und deren Namen
zu führen. Daß aber sei der Eintritt in eine andere Partei,
der nach einem früheren Parteibeschlusse unzulässig sei und
die Mitglieder des linken Flügels hätten sich damit selbst
außerhalb der Partei gestellt.

Die Ausführungen Crispians sind rechtlich unhaltbar.
Mag man dem linken Flügel der Unabhängigen politisch noch
so ablehnend gegenüberstehen, auf juristischem Gebiet ist sein
Standpunkt der einzig richtige. Der von Crispian erwähnte
Parteibeschluß bezieht sich nämlich offensichtlich nur auf
Einzelmitglieder, denen die gleichzeitige persönliche Zugehörig-
keit zu einer zweiten Partei unterlag. Damit wird
aber das selbständige Recht einer jeden Partei nicht be-
rührt, als Gesamtheit sich mit einer anderen Partei zu ver-
schmelzen, noch das Recht der Mitglieder, für eine solche
Verschmelzung zu wirken und zu stimmen. Selbst wenn
übrigens jenem früheren Beschlusse die Bedeutung zugemessen
wäre, die Crispian ihm beilegt, so hätte der Parteitag als
souveränes Organ der Partei mit der Annahme jener 21.
Bedingungen implizite auch jeden früheren Beschlusse ab-
geändert.

Rechtlich unzutreffend ist es auch, wenn in der Presse
als juristisches Moment zugunsten des rechten Flügels ver-
wertet wird, daß dieser die alte Politik der Unabhängigen
fortsetze. In dieser Partei haben stets zwei Richtungen
neben- und gegeneinander gearbeitet. Der Jurist kann nicht
untersuchen, welche Politik die richtige Politik der Unab-
hängigen Partei ist, er kann sich nur an das formelle Krite-
rium halten: Auf welche Seite sich die Mehrheit geschlagen
hat.

Sinnfälligkeit des Eigentums an den Zeitungen richtet sich
die Entscheidung nach den Sonderbestimmungen im Einzel-
fall. So haben sich bei der „Freiheit“ die Berliner Unab-
hängigen einen maßgebenden Einfluß gesichert und daher
dürfte gerade dieses führende Blatt der Unabhängigen an die
Anhänger Roskows fallen.

Zur Schande des Versuches, die Mehrheit der Partei-
genossen des Parteivermögens zu berauben, kommt nun der
Spott über die juristische Unhaltbarkeit solchen Unternehmens.
Nicht die geistige und politische Scheidung ist es, die die
Hilferdinge durch ihre „Rechtsverwahrung“ unterscheiden
wollten, sondern die Affäre enthüllt sich aller Welt als
politische Strauchdieberei, die sich den Organisationsapparat
der U. S. P. D. zum Ziele setzte. Die guten Deutschen
bildeten sich wirklich ein, revolutionäre Politik durch organi-
satorische Geschäftshaberei ersetzen zu können und sehen nun
diesen Strohhalm davonschwimmen. Hoffentlich machen sie
dennoch den Versuch, sich seiner zu bemächtigen, wobei sie
dann um so schneller vom wirbelnden Strom der politischen
Entwicklung hinweggerissen werden.

Adolph Hoffmann U. S. P. D. Vertreter in Moskau

Der Aufforderung des Vertreters des Exekutivkomitees der
dritten Internationale, des Genossen Stronow nachkommend, hat
das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands den Genossen Adolph Hoffmann als Vertreter der
U. S. P. D. in die Exekutive der dritten Internationale gewählt.
Genosse Hoffmann wird die Reise nach Moskau in einigen Tagen
antreten. Es ist beabsichtigt, zur Erhaltung der dauernden innigen
Verbindung zwischen unserer Partei und der kommunistischen
Internationalen nicht einen Genossen für dauernd zu delegieren,
sondern etwa alle zwei bis drei Monate einen anderen Genossen
zu entsenden.

Fraktion U. S. P. D. (Linke).

Mit freundlicher Unterstützung des Reichstagspräsidenten
ist es den parlamentarischen Vertretern der Parteitagsminder-
heit gelungen, den Namen „Fraktion der U. S. P. D.“ weiter
führen zu dürfen, auf den sie weder moralisch noch rechtlich
nach ihrem Ausscheiden aus der U. S. P. D. einen Anspruch
haben. Unsere Vertreter im Reichstage waren infolgedessen
zur Schaffung einer parlamentarischen Arbeitsmöglichkeit im
Sinne der Thesen der dritten Internationale gezwungen, sich
zur Abwehr dieser Vergewaltigung als Sonder-Fraktion zu
konstituieren, die auf Anordnung des Reichstagspräsidenten
unter dem Namen „Fraktion der Unabhängigen Sozialdemo-
kratischen Partei (Linke)“ führt. Der Fraktionsvorsitzer be-
steht aus den Genossen Eichhorn, Adolph Hoffmann und
Avenen, Schriftführer ist Genosse Bernhard Döwll, Kassierer
Genosse Malajsh. Zuschriften wolle man zur Vermeidung
von Verwechslungen möglichst an die Genossen Eichhorn
oder Döwll, Berlin, Reichstag, adressieren.

Notales.

Breslau, den 22. Oktober.

Verlegung der Steuerzahlstelle XI.

Die Steuerzahlstelle XI wird am 22. Oktober 1920 von
Dreigüßiger Straße 8, I. Stock, nach Friedrich-Wilhelm-
Straße 101, II. Stock, verlegt. Die Kassenträume bleiben an
diesem Tage für den Verkehr geschlossen.

Kartoffeln.

Aus dem Ernährungsausschuß beim Oberpräsidium wird
mitgeteilt: Zwischen Landwirtschaft und Handel ist im Einver-
nehmen mit der Reichsartoffelstelle vereinbart, daß nach beider-
seitigem freien Uebereinkommen von den abgeschlossenen Ver-
tragsartoffeln 1/3 der Gesamtmenge 20% im Einzelfall bis zu
30% gelöst werden können.

Durch dieses freiwillige Entgegenkommen der Landwirtschaft
und des Handels ist es möglich, größere Mengen Speiseartoffels
dem freien Verbrauch innerhalb der Provinz Schlesien zu einem
Erzeugerpreise ab Station des Landwirts von 24,- bis 25,- M.
angüglich Frachtkosten und 1,50 M. Vermittelungsgebühr zuzu-
führen. Die Bestellungen darauf müssen aber logisch erfolgen,
weil diese Kartoffeln zu dem angegebenen Preise nur solange

verfügbar sind, als Herbstverladung möglich ist. Die Kartoffeln
sollen nur innerhalb der Provinz Schlesien in der
Hauptsache an die Zusammenschlüsse von Verbrauchern (Konsum-
vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften, größere Betriebe oder
Verbände), und soweit möglich auch an den Kleinhandel abge-
geben werden. Diese genannten Personengruppen werden daher
erlaubt, ihre genauen Bestellungen auf Kartoffeln, zu deren Ab-
nahme sie sich damit verpflichten, sofort an die freie Kartoffel-
Vermittelungsstelle, Breslau, Salvatorplatz 6*, zu richten.

Die Vertreter der Landwirtschaft legen besonderen Wert
darauf, daß diese Kartoffeln zur Ernährung des Bedarfs der
minderbemittelten Bevölkerung benutzt werden. Den Gemeinde-
verwaltungen wird dringend ans Herz gelegt, Vorsehre zu treffen,
daß demjenigen Teil der Bevölkerung, der seinen ganzen Winter-
bedarf an Kartoffeln nicht auf einmal einkaufen kann, durch ge-
eignete Maßnahmen, wie Zulassung von Kreditverwahrung
oder Einlagerung, die Möglichkeit gegeben wird, sich seine Winter-
kartoffeln fest aus dieser verfügbaren Menge zu beschaffen.

Besondere von dieser Kartoffelvermittlung sind Maßnahmen
in Vorbereitung genommen, um erheblich verbilligte Kartoffeln
den Armen der Armen zuzuführen.

Eine unerhörte Freiheit!

Der Breslauer Magistrat hat bei Stadtverordneten-
Versammlung einen neuen Steuerplan vorgelegt, der
die Besteuerung des steuerfreien Einkommens
bezw. Der Magistrat begründet diese Ungeheuerlichkeit
wie folgt:

Die sichere Erwartung, daß die im Haushaltspläne für
1920 vorgesehenen Einnahmen selbst bei vollständigem Ein-
gange zur Bestreitung der stark gestiegenen Ausgaben des
laufenden Wirtschaftsjahres nicht ausreichen werden, wird
vielmehr mit einem nicht unerheblichen Fehlbetrage rechnen
müssen, zwingt dazu, auch bei uns wie wohl in fast allen
anderen Großstädten, eine Steuer von demjenigen Mindest-
einkommen zu erheben, das von der Reichseinkommensteuer
nicht erfaßt wird. Nach § 20 des Reichseinkommensteuer-
gesetzes beginnt die Steuerpflicht erst für den den Betrag von
1500 Mark übersteigenden Teil des Einkommens. Der
steuerfreie Betrag von 1500 Mark erhöht sich für jede zum
Haushalt gehörende Person um 500 Mark, bei den Ein-
kommen unter 10000 Mark sogar um 700 Mark für jede
zweite und jede weitere Person. § 30 des Landessteuer-
gesetzes gestattet den Wohnortgemeinden, diese Mindestein-
kommen mit folgenden Einschränkungen zur Besteuerung
heranzuziehen:

- bei Einkommen bis 10000 Mark dürfen die reichssteuer-
freien Einkommensteile von je 700 Mark für die wei-
teren Mitglieder eines Hausstandes nicht besteuert
werden,
- bei den von der Reichseinkommensteuer freigestellten
Personen dürfen höchstens zu 10 Prozent andere
außerhalb zum höchsten, ihnen auferlegten Prozentsatz
der Reichseinkommensteuer veranlagt werden.

Für das Jahr 1920 ist durch eine Verordnung des
Reichsfinanzministers vom 28. Mai 1920 dieses Besteuerungs-
recht der Gemeinden materiell eingeschränkt und insbesondere
die freie Verfügung der Gemeinden zugunsten einer reinen
sachlichen einheitlichen Veranlagung der Gemeindeeinkommen-
steuer eingeeignet worden. Die Verordnung verlangt nämlich,
daß der im § 30 des Landessteuergesetzes vorgesehene Höchst-
satz nur von der Hälfte der steuerfreien Einkommensteile er-
hoben wird. Die Fassung der Verordnung läßt keinen
Zweifel darüber, daß irgend welche Abweichungen dabei aus-
geschlossen sind. Wird also die Mindesteinkommensteuer er-
hoben, so muß der in dem Landessteuergesetz vorgesehene
Höchstsatz erhoben und muß, ohne darüber oder darunter
bleiben zu dürfen, die Hälfte der steuerfreien Einkommen-
steile der Besteuerung zugrunde gelegt werden. Nur zwei
Abweichungen sind gestattet:

- die vollständige Freilassung von Steuerpflichtigen mit
kleineren Gesamteinkommen, dessen Bestimmung im Be-
lieben der Gemeinde steht,
- die Veranziehung des ganzen steuerfreien Einkommens-
teiles bei Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein
steuerfreier Einkommensanteil von nicht mehr als 1500 M.
berücksichtigt wird, d. h. bei ledigen Personen.

Der Magistrat hat sich streng an diese Bestimmungen
gehalten. Ganzlich freigestellt hat er die Verheirateten und
ihnen durch sonstige Fürsorgepflichten gleichstehende Personen
mit einem Einkommen von nicht mehr als 10000 Mark,
sowie diejenigen Personen, die wegen besonderer wirtschaft-
licher Verhältnisse bei einem Einkommen bis zu 20000 Mark
auf die Hälfte der Reichseinkommensteuer ermäßigt worden
sind. Hinsichtlich der Höhe hält sich der Magistrat an die
Verordnung vom 28. Mai 1920, von der ihm zusehendem
Verfügungsfreiheit hat er in der Weise Gebrauch gemacht,
daß Ledige, die ein Einkommen von mehr als 6000 Mark
haben, mit ihrem ganzen reichssteuerfreien Einkommen voll
veranlagt werden sollen. Zur Vermeidung von Härten ist
eine die Person mit mehrfachen Wohnsitz schützende Be-
stimmung aufgenommen worden.

Für die Schätzung des Steuerertrages fehlt jede sichere
Grundlage. Nach der Reichseinkommensteuerliste, die jargzt
aufgestellt wird, kann mit ungefähre 20000 Haushaltsvor-
ständen mit einem Einkommen über 10000 Mark gerechnet
werden, die mit der Hälfte von 1500 M. = 750 M. und
mit dem niedrigsten Steuerfah von 20 Prozent zu veranlagen
sind = 20 000 . 150 = 3 000 000 Mark. Hierzu kommen
ungefähr 26000 Ehefrauen und andere Haushaltsangehörige,
die mit der Hälfte des steuerfreien Anteils von 500 M. =
250 Mark heranzuziehen wären, und zwar gleichfalls mit
dem niedrigsten Steuerfah von 20 v. H. = 1 300 000 M.
Die Ledigen sollen mit dem vollen reichssteuerfreien Anteil
von 1500 Mark besteuert werden. In Betracht kommen
etwa 10000 Ledige mit einem Einkommen von 6000 bis
10000 Mark und etwa 8000 Ledige mit einem Einkommen
von mehr als 10000 Mark. Die Ledigen mit einem Ein-
kommen von 6000 bis 10000 Mark sind bei dem An-
satz des niedrigsten Steuerfahes von 16 Prozent, die mit einem
Einkommen über 10000 M. mit einem solchen von 20 Prozent
von der Anteil von 1500 M. zu veranlagen. Der Steuer-
ertrag würde alsdann etwa 4 800 000 M. ergeben. Das
Gesamteinkommen würde ganz überschüssig etwa

